



EIDGENÖSSISCHES FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES ET DES DOUANES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE E DELLE DOGANE

3003 Bern, den 24. Mai 1974

Ausgeteilt

an	BL	TE	2W				an
Datum	30.5	4.6	4.6				2
Visa	W	Th	2				An den Bundesrat
EPD							
Ref. p. B. 15.50.4. A4.							

Besuch des oesterreichischen Finanzministers Dr. H. Androsch vom 16./17. Mai 1974

Ueber die Gespräche mit dem oesterreichischen Bundesfinanzminister orientiert Sie die beiliegende Protokollnotiz.

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT

*G.-A. Chevallaz*  
 G.-A. Chevallaz

Beilage



Protokollnotiz über den Besuch des oesterreichischen Bundesfinanz-  
ministers Dr. H. Androsch

---

120.4

Am 16./17. Mai besuchte der oestereichische Bundesfinanzminister Dr. H. Androsch auf Einladung des Vorstehers des Eidg. Finanz- und Zolldepartements die Schweiz. Er war begleitet vom Pressechef des Finanzministeriums, Herr Mauhart. Am ersten Tag fanden zwei Arbeitssitzungen statt, an denen neben den Gästen und dem Departementschef die Herren Dir. Bieri, Landgraf und Dr. Peter teilnahmen. Am Nachessen waren ferner die Herren Botschafter Gruber und Dr. Berner von der oesterreichischen Botschaft sowie Präsident Leutwiler, Direktor Locher, stellvertretender Dir. Dr. Müller geladen. Ein Ausflug im kleinen Kreis nach Château-d'Oex bot Gelegenheit zu einem weitem ungezwungenen Gedankenaustausch.

Diskutiert wurden Fragen der Konjunktur-, Finanz- und Währungspolitik in heimischer und internationaler Sicht. Ziel dieser Kontakte ist es, die Erfahrungen bei der Bewältigung ähnlich gelagerter Wirtschaftsprobleme auszutauschen und in verschiedenen Bereichen eine Kooperation anzustreben.

1. Oesterreichische Konjunktorentwicklung

Seit sechs Jahren herrscht ungebrochene, eigenständige Hochkonjunktur, die von weltwirtschaftlichen Schwankungen nur wenig beeinflusst wurde. Die Möglichkeiten für Strukturänderungen und der daraus resultierende Strukturgewinn waren offensichtlich grösser als in der Schweiz.

Verschiedene Unsicherheitsmomente belasteten die Wirtschaftspolitik im Jahre 1973 und Anfangs 1974: Der Uebergang vom festen Wechselkurs mit überbewertetem Dollar - der auch als Kontributionsleistung Europas an die USA bezeichnet werden kann - zum faktischen Anschluss an das Block-Floating nach vorhergehender Aufwertung des Schillings, liess eine Verlangsamung des aussenwirtschaftlichen Wachstums und der Investitionen erwarten. Man befürchtete

sodann einen Konsumrückgang wegen antizipierter Käufe namentlich im 4. Quartal 1972 als Vorgriff auf den Uebergang zur Mehrwertsteuer Anfangs 1973. Diese dürfte auch die Exporttätigkeit stimuliert haben. Der inländische Preisanstieg konnte dank der getroffenen konjunkturpolitischen Massnahmen von Regierung und Notenbank in der zweiten Jahreshälfte etwas gebremst werden. Die Rohstoff- und Erdölpreishausschuss hat aber einen neuen Teuerungsschub gebracht.

Die heutige überhitzte Konjunkturlage und die Inflation machten neue Stabilisierungsmassnahmen notwendig. Der Fremdenverkehr zeitigte in der Wintersaison 73/74 ein Rekordergebnis. Die Ausfuhren haben im 1. Quartal gegenüber dem Vorjahr sogar um 45 % zugenommen. Die Investitionsquote liegt im laufenden Jahr bei ungefähr 32 % des BSP und ist die höchste aller Industrieländer. Der Ausländeranteil ist auf 10 % des Arbeitskräfte potentials gestiegen. Die Preissteigerungsrate belief sich im April auf 9,7 %.

## 2. Konjunkturpolitische Erfahrungen in Oesterreich

Im vergangenen Jahr hat man verschiedene Instrumente mit unterschiedlicher Zielsetzung eingesetzt. Die Stabilisierungspolitik soll nicht mit einer starken Beschränkung des Wirtschaftswachstums erkauft werden.

### Fiskalpolitik

Mit der Einführung der Mehrwertsteuer Anfang 1973 war eine Steuerreform verbunden; sie brachte eine Lohn- und Einkommenssteuersenkung um 3 .. 6 %. Damit sollte einerseits das verfügbare Einkommen und damit der private Konsum und die Spartätigkeit erhöht sowie andererseits die öffentliche Hand zur Ausgabenbeschränkung angehalten werden. Namentlich die Konsumausgaben der Bundesländer, deren Anteil am BSP zugenommen hatte, sollten gesenkt werden. Die erzielte Ausgabendrosselung war aber nicht stark genug, sodass vom öffentlichen Haushalt expansive Effekte ausgingen.

Eine mit der Steuersenkung verfolgte Nebenabsicht bestand darin, die Gewerkschaften zu zurückhaltenden Lohnforderungen zu verpflichten, um eine Sekundärinflation zu verhindern, was mindestens teilweise gelang.

Im weitem ist speziell das Bausparen fiskalisch gefördert worden. Auf 1. Januar 1973 ist sodann eine temporäre Investitionssteuer eingeführt worden, die aber unter dem Eindruck einer Abschwächung der Investitionen auf Anfang 1974 wieder von 12 % auf 9 % ermässigt wurde. Diese Erleichterung hat zusammen mit erweiterten Sonderabschreibungen zu einer unerwartet starken Wiederbelebung der Investitionstätigkeit beigetragen.

#### Preispolitische Massnahmen

Trotz Rohstoffteuerung haben sich die Industriepreise vernünftig entwickelt. Mittels Lohnabsprachen konnte ein gewisser Damm gegen Preiserhöhungen wichtiger Produkte errichtet werden. Die Konsumentenpreise hingegen sind z.T. "ungerechtfertigt" davon-gelaufen, insbesondere wegen der auf der Kleinhandelsstufe angewandten Kalkulation mit Prozentzuschlag auf den Einstandspreisen. Das Preisgesetz bietet die Grundlage, durch Festlegung der Handelsspanne die Rohstoffteuerung teilweise abzufangen, um Rückwirkungen auf die Lohnverhandlungen zu vermeiden. Der Entwurf für ein verstärktes Preisbestimmungsgesetz, das die Möglichkeit geben soll, gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen amtlich einzuschreiten, führte zu grossen Auseinandersetzungen mit den Wirtschaftsverbänden um die Preiskontrolle. Ein rascher Anstieg der Löhne und Gehälter war wegen der Ueberbeschäftigung und dem "wagedrift" nicht zu vermeiden. Schwierig gestaltete sich die zurückhaltende Preispolitik auch bei den inländischen Agrarprodukten, denn die Preise liegen noch immer unter den Weltmarktpreisen. Gleichzeitig ist die Regierung bestrebt, ein hohes Niveau der landwirtschaftlichen Eigenproduktion zu halten, was nur mit Preiskonzes-sionen möglich ist.

## Teuerungsausgleich

Recht unverblümt äussert sich der sozialistische Minister zur Frage des Teuerungsausgleichs infolge der Rohstoffpreishausschüsse.

Beim Erdöl ist zwar das Mengenproblem vorläufig gelöst. Oesterreich wäre von Einschränkungen weniger betroffen als die Schweiz, da es nur rund 50 % des Energiebedarfes importieren muss. Das Preisproblem ist geblieben; es handelt sich um eine globalisierte Kosteninflation, die sich zudem unterschiedlich auswirkt. Mit nationalstaatlichen Instrumenten ist ihr nur teilweise zu begegnen.

Man spricht von Inflation gemeinhin, und sollte doch unterscheiden: die Auswirkung der Rohstoffteuerung ist eine Inflation von aussen. Wie bei Reparationszahlungen soll die Bezahlung der höhern Erdölkosten nicht indexmässig überwältigt werden. Das reale Bruttosozialprodukt hat ja nicht um den Teuerungsfaktor zugenommen. Es ist unbedingt notwendig, die Beschränkung des Teuerungsausgleichs politisch durchzusetzen. Die Bevölkerung erwartet, dass eine Regierung - welcher Parteifarbe sie sei - die Probleme löst. Wenn das Inflationsproblem nicht bewältigt werden kann, so wird dies einen grossen Vertrauensverlust zur Folge haben, der seinerseits unheilvolle extremistische politische Entwicklungen auslösen könnte.

## Kredit- und Zinspolitik

Die Restriktionen von 1973 hielten sich in engen Grenzen. Ziel war, die Steuerung der Geldmenge. Die Kreditexpansion der Banken wurde auf 1 % pro Monat festgelegt und vorübergehend der Mindestreservesatz erhöht. Durch Offenmarktoperationen wurden Mittel abgeschöpft, vorübergehend Zuflüsse aus dem Ausland stillgelegt und Auslandgeldanlagen verboten. Der Bremsweg von Kreditrestriktionen ist lang.

Im Rahmen der Stabilisierungspolitik sind als Ergänzung des kürzlich verkündeten Steuersenkungsprogrammes am 14. Mai 1974 neue kreditpolitische Massnahmen getroffen worden. Die Kreditplafonierung wird über Jahresmitte fortgeführt, aber etwas angehoben durch Verlegung der Berechnungsbasis der Zuwachsrates von 1 % pro Monate vom "Sollstand" Ende 1973 auf den 30. Juni 1974. Dem Bankensystem soll die zur angestrebten Kreditexpansion notwendige Liquidität dosiert zugeführt werden. Die Geldmenge ist im Vorjahresvergleich um rund 10 % zurückgegangen, insbesondere wegen Devisenabflüssen im Umfange von 6 Mrd Schilling durch Zinsarbitrage. Die Notenbank hat bereits gewisse Liquiditätshilfen gewährt und die Möglichkeiten für expansive Offenmarktoperationen geschaffen. Der nach der Erhöhung der Passivzinsen erwartete Rückfluss von Auslandsanlagen wird weitere Mittel bringen. Das Finanzministerium plant zudem die Aufnahme von Auslandsanleihen zur Deckung des Budgetdefizits.

Der Eckzins für Spareinlagen ist mit Wirkung ab 1. Juni von bisher 3 1/2 % auf 5 % und für den fünfjährigen Sparbrief (Kassaobligationen) von 6 auf 6 1/2 % erhöht worden. Gleichzeitig steigt der Nominalsatz für Obligationen kräftig von 6 3/4 bzw. 7 % auf 8 1/2 %. Mit Wirkung ab 15. Mai ist sodann der Diskontsatz von 5 1/2 auf 6 1/2, der Lombardsatz auf 7 % angehoben worden. Nach Finanzminister Androsch werde die Verteuerung der Debetzinsen sich in engen Grenzen halten (für erstklassige Schuldner um 1 - 1 1/2 % auf 10 1/2 - 11 %. Nur im Wohnungsbau (Verteuerung der Baukredite und dementsprechend der Mieten) wird sie wahrscheinlich bis zum Konsumenten durchschlagen.

### 3. Aussenwirtschaftliche Absicherung

Der Schilling hat sich im März 1973 durch ein selbständiges Interventionsverfahren in DM faktisch dem Blockfloating angeschlossen. Der Grund lag in der engen aussenwirtschaftlichen Verflechtung mit der Bundesrepublik Deutschland. In Anlehnung an die DM wurde auch der Schilling zweimal aufgewertet, aber damals nicht im ganzen Ausmass. Der Exportboom und Liquiditätsüberlegungen machen nun nach den Worten des Finanzministers eine zusätzliche aussenwirtschaftliche Absicherung in Form einer Kurskorrektur des Schillings um 3 - 5 % gegenüber der DM notwendig.

Kurzfristige Kapitalbewegungen erzwangen bereits am Tage des Besuches des oesterreichischen Finanzministers die vorübergehende Kursfreigabe. Auch die Dänische Krone fiel aus der "Schlange" heraus. Nach Uebernahme von rund 50 Mio Dollar allein am Donnerstag hat die Nationalbank ihre Interventionen eingestellt. Nach telephonischer Rücksprache zwischen Wien und dem Finanzminister wurde einseitig die autonom angewendete Bandbreite gegenüber den Blockwährungen auf das Doppelte, also 4,5 % nach oben und unten erweitert. Die dem IWF notifizierte Parität des Schillings, ausgedrückt in Sonderziehungsrechten (1 Schilling = 0,0423597 SZR) bleibt unverändert. Bei Eröffnung der Devisenbörse am Freitag sollte ein DM-Mittelkurs von 7.20 Schilling, d.h. eine 3 % Aufwertung, angestrebt werden mit Rückzugslinie bei 7.00 Schilling. In der Folge erwies sich die Verteidigung des neuen Kurses nicht als schwierig. Die Kursausschläge an den verschiedenen europäischen Devisenmärkten beruhigten sich rasch.

### 4. Internationale Währungspolitik

Die vorübergehende Schillingunruhe und der neuerliche, nicht rational begründete Rückgang des Dollarkurses demonstrieren die generelle Schwäche der gegenwärtigen Währungsordnung. Das europäische "Multiwährungs-Interventionssystem" ist in Druckperioden kaum funktionstauglich und hat die gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.

Der deutsche Bundeskanzler Schmidt soll sich Androsch gegenüber geäußert haben, dass eine neuerliche Aufwertung der DM stabilisierungspolitisch nichts einbringe, weil nur 30 % der Transaktionen in der Blockzone stattfinden. Die deutschen Banken rechnen aber mit einer Aufwertung; die Ruhe an den Devisenmärkten kehrt deshalb nicht so bald zurück, umso mehr als Deutschland immer wieder in grossem Stil intervenieren musste.

Oesterreich legt grössten Wert auf internationale Zusammenarbeit im Währungssektor. Die schweizerischen Behörden versicherten, dass sie bei einer umfassenden Stabilisierungsaktion mitwirken würden. Der Schweizerfranken war seit Januar 1973 beträchtlichen Schwankungen unterworfen. Wegen des Vorranges der internen Geldmengen- und Stabilisierungspolitik mussten bei uns Interventionen unterbleiben. Auf die Frage von Minister Androsch, ob eine Möglichkeit bestehe, dass die drei Währungen DM, Schilling, SFr sich zu einem harten Stabilitätskern zusammenschliessen könnten, mussten wir ablehnend antworten. Inflationsrate, Konjunktur-entwicklung und Wirtschaftspolitik sind in den drei Ländern unterschiedlich, das müsste zu Spannungen führen. (Deutschland z.B. führt Hochzinspolitik, die die beiden andern Länder nicht mitmachen können.) Unsere Stellungnahme zur Teilnahme am Blockfloating bleibt unverändert:

- Befürchtung eines Zuflusses aus der DM bei Kursfixierung,
- Einschränkung der monetären Bewegungsfreiheit (wir wollen kein DM-Satellit werden),
- Problematische Festlegung der Kursrelationen zu den Blockwährungen,
- der heutige Währungsblock ist nicht repräsentativ für Europa und für unsere Aussenwirtschaft nicht allein entscheidend,
- Diversifizierung der Währungsreserven unerwünscht,
- SFr soll nicht Interventionswährung und Währungsreserve werden, weil das Wirtschaftsgebiet zu klein,
- das "Multi-currency-System" hat die Bewährungsprobe noch nicht bestanden.



Die internationale Währungssituation wird vom Problem des "recycling" beherrscht. Wenn heute die Zahlungsbilanzentwicklung der Industrieländer trotz der Erdölteuerung wieder besser beurteilt wird, als im Dezember 1973, dann geht es der sog. vierten Welt umso schlechter. Das belastet die Zukunft des güterwirtschaftlichen Austausches und der internationalen Wirtschafts- und Währungsentwicklung. Die Gesprächspartner sind sich einig, dass die Inflationsbekämpfung bei der Lösung der nach Burns fast "un-managable" gewordenen Probleme einen wichtigen Platz einnimmt. Ueber eine Indexierung der Rohstoffpreise und der Oelmilliarden ist das nicht zu erreichen. Nationale Massnahmen beeinflussen nur einen Teilbereich eines globalen Wirtschaftsprozesses. Deshalb sollten gerade auch die kleinen Staaten in den internationalen Entscheidungsbildungsprozess einbezogen werden. Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Konjunkturpolitik ist entscheidend.

##### 5. Fragen des Beitritts der Schweiz zum IWF

Bundesminister Androsch würde den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds befürworten.

Es trifft zwar zu, dass die Entscheidungen bisher unter den 5 oder 6 Grossen (USA, GB, D, F, J, gelegentlich noch I) gefällt wurden. Die übrigen Industrieländer haben dies aber nicht abgelehnt, sondern oft gefordert. Sie sind interessiert daran, dass überhaupt eine Entscheidung getroffen wird. Der IWF bietet ein Maximum an Information, um sich bestmöglich an eine Situation, die man doch nicht ändern kann, anzupassen.

Der IWF hat einen enormen Wandel durchgemacht. Früher wurde er rein sachlich, unpolitisch von den Exekutivdirektoren verwaltet; heute ist das Zwanzigerkommittee ein politisches Gremium, in dem die zuständigen Minister und Notenbankgouverneure zusammenkommen. Es geht nicht mehr um Fragen, die von Währungstechnikern entschieden werden, sondern um politische Probleme, die von Politikern gelöst werden. Kleine Länder können unter Umständen gemeinsam einen

beträchtlichen Einfluss ausüben. Androsch stellte die Frage, was wir durch Isolation gewinnen können, und umgekehrt, was ein Beitritt schaden könnte. Gerade die kleineren Länder sollten bei den Diskussionen in der Zwanzigergruppe und deren Stellvertreter dabei sein. Oesterreich machte die Erfahrung, dass sie eine nützliche Plattform ist, doch darf man nicht die Illusion haben, mitzuentcheiden. Offen ist die Frage des Vertretungsrechtes und der Koordination der Meinungsbildung in einer Gruppe. Oesterreich bildet mit Belgien, Luxemburg und der Türkei zusammen eine Gruppe, wäre aber sofort bereit, in eine Gruppe mit der Schweiz überzutreten, der gegebenenfalls auch Jugoslawien angehören könnte.

Dem Argument, wir könnten erst dann dem Währungsfonds beitreten, wenn die neue Währungsordnung klar sei, wird entgegengehalten, dass es leichter sein dürfte beizutreten, wenn die Neuordnung noch nicht in Kraft gesetzt sei; in 10 Jahren wäre mit grösserer Opposition zu rechnen. Ein neues Währungssystem, das funktioniere, hätten wir mit dem Floating faktisch schon. Es werde auf absehbare Zeit keine neuen harten Währungsregeln geben.

Die Furcht vor einem automatischen Anpassungsprozess bei Zahlungsbilanzüberschuss sei insofern unbegründet, als der Anpassungsprozess schon heute über Kursfluktuationen spiele. Was die Sanktionsnormen der IWF-Statuten betreffe, so seien sie obsolet und nie angewendet worden. Gefahr drohe heute im Gegenteil von autonomen Handels- und Zahlungsverkehrshemmnissen und Abwertungskonkurrenz (Italien, Dänemark usw.).

Zur Frage der Sonderziehungsrechte äusserte sich Androsch optimistisch. Die USA werden einer internationalen Geldschöpfung nicht zustimmen. Die Gefahr, mit Inflation Entwicklungshilfe zu finanzieren via "link" sei heute - nach der Energiekrise - gebannt.

## 6. Goldpreis

Oesterreich hat sich bei der letzten Währungskonferenz für die Kommerzialisierung des Währungsgoldes ausgesprochen. Die Aufwertung der Goldreserven hätte die Devisenverluste infolge der Schillingaufwertung gedeckt und die Notenbankbilanz verbessert. Wenn die Notenbanken frei handeln könnten, würde der Goldpreis zurückgehen. Die psychologische Wirkung eines Druckes auf den Goldpreis wäre gross, denn heute erhält die Inflationsmentalität zusätzliche Nahrung durch die Goldpreishausse. Zwischen den grossen Vier scheint die Bereitschaft zu herrschen, das Goldproblem im Sinne einer Angleichung des offiziellen Preises an den Marktpreis zu lösen. Die Voraussetzung für die bisherige Goldpolitik ist weggefallen, nämlich der Schutz des Gold-Dollar-Standards.

## 7. Oesterreichische Erfahrungen bei der Einführung der Mehrwertsteuer

Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer Anfang 1973 ging reibungsloser als erwartet. Politisch war der Zeitpunkt gut gewählt, direkt nach dem guten Wahlsieg der Regierungspartei (SP).

Befürchtet wurde ein kräftiger Preisauftrieb, weil die Umstellung in eine Zeit voll ausgelasteter Produktionskapazitäten fiel. Die Indexwirkung blieb aber bescheiden, weil Produzenten und Händler z.T. schon 1972 beabsichtigte Preiserhöhungen vorgezogen hatten. Vor allem im letzten Quartal 1972 stiegen die Käufe von Investitions- und dauerhaften Konsumgütern sprunghaft an, die Lager leerten sich. Zu Jahresbeginn 1973 folgte die Reaktion auf diese Antizipationskäufe, die durch die ausserordentlich hohe Nachfrage für den Lageraufbau kompensiert wurde.

Wegen der bei der Umstellung notwendig gewordenen Entlastung der Lager wurde zunächst kein Steuergewinn erzielt, im Gegenteil wurde eine einmalige Steuerermässigung von rund 5 Mrd Schilling verursacht. Dieser Liquiditätseffekt trug wesentlich zur Gewinn-

steigerung der Unternehmungen im Jahre 1973 bei. Dafür werden nun langfristig die Dienstleistungen mehr belastet. Das ist wichtig wegen der strukturellen Verlagerung des privaten Konsums auf Dienstleistungen. Um die optimale Allokation der Ressourcen zu erreichen, ist die Mehrwertsteuer notwendig.

Für die Landwirtschaft wurde eine Sonderregelung gefunden, durch Pauschalierung der abzuziehenden Vorsteuer und der Steuerlast, sodass sie vollständig von der Steuer entlastet ist. Es verbleibt der Landwirtschaft nur die Belastung durch die Mehrwertsteuer auf den Investitionen.

#### 8. Schlussbemerkung

Der bemerkenswert offene und unkomplizierte Meinungsaustausch zwischen dem oesterreichischen Finanzminister und dem Chef des Finanz- und Zolldepartements trug sicher bei zu einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und damit auch einer gewissen Koordination der Meinungsbildung über die internationalen konjunktur- und währungspolitischen Probleme. Das nächste Treffen ist auf Mitte Oktober in Wien vorgesehen.

EIDG. FINANZVERWALTUNG



A. Peter